

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Gleich zwei wichtige Jahrestage haben die Debatten des Bundestages in dieser Woche bestimmt: Die Gründung des Europarates und die Verkündung des Grundgesetzes vor 75 Jahren. Beide Ereignisse stehen gleichermaßen für das Bekenntnis der damals noch jungen Bundesrepublik zu Freiheit und Demokratie.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes zogen mit der neuen Verfassung die Konsequenzen aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie sowie den Erfahrungen des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktaturen. Und sie dachten mit einer Beitrittsklausel die Wiedervereinigung des damals in Ost und West gespaltenen Landes voraus, die sich auf der Basis des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 vollzog.

Mit der Nennung der Grundrechte an erster Stelle unterstreicht unsere Verfassung die dienende Rolle des Staates gegenüber seinen Bürgern. Mit der Sicherung unveränderbarer Grundrechte setzt es ein deutliches Zeichen gegen jede Form totalitärer Herrschaft. Bis heute gilt unser Grundgesetz als die freiheitlichste Verfassung weltweit. Darauf können wir mit Recht stolz sein. Es ist aber auch die Verpflichtung, unsere freiheitliche demokratische

Ordnung gegen alle Versuche ihrer Beseitigung zu verteidigen.

Das Grundgesetz-Jubiläum wird vom 24. bis 26. Mai in Berlin mit einem Demokratiefest gefeiert. [CDU und CSU haben angeregt](#), den Tag der Verkündung des Grundgesetzes - den 23. Mai - zum nationalen Gedenktag zu erklären.

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 von zunächst zehn Staaten als erste europäische Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Taufe gehoben. Seine Ziele: Schutz der Menschenrechte, Verteidigung der pluralistischen Demokratie und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Deutschland trat dem Europarat im Juli 1950 zunächst als assoziiertes Mitglied bei und wurde im Mai 1951 Vollmitglied. Ein Schritt zur Westintegration noch deutlich vor dem Beitritt zur NATO und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der später die EU hervorging. Heute gehören dem Europarat 46 Staaten an, darunter alle 27 EU-Staaten. Bis auf Kosovo und Belarus sowie Russland, das nach dem Überfall auf die Ukraine im März 2022 ausgeschlossen wurde, gehören alle europäischen Flächenstaaten dem Rat an.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Vergebliche Hoffnung auf Geldregen



Sollten die rot-grün-gelben Koalitionäre auf einen Geldregen gehofft haben, der ihren aktuellen Haushaltsstreit befriedet, dürfte sie die jüngste Steuerschätzung enttäuscht haben. Die Steuereinnahmen für das aktuelle Jahr bleiben allein beim Bund um 5,6 Milliarden Euro hinter den Erwartungen vom Herbst zurück. Für das nächste Jahr sind es sogar elf Milliarden Euro.

Damit dürfte der Haushaltstreit in der Koalition weiter ausufern. Der ist inzwischen auch zur Machtfrage für Bundeskanzler Olaf Scholz geworden. Denn Scholz ließ wissen, der Etatrahmen für die einzelnen Ressorts sei zwischen ihm und Bundesfinanzminister Christian Lindner abgestimmt. Das aber haben die Parteigenossen des Kanzlers und Entwicklungshilfeministerin Swenja Schulze noch Außenministerin Annalena Baerbock oder Arbeitsminister Hubertus Heil davon abgehalten, Etats einzureichen, die den Rahmen deutlich sprengen. Und sie waren nicht die einzigen. Angeblich klaffte bereits vor der Steuerschätzung eine Lücke von 15 bis 30 Milliarden Euro zwischen Wunsch und Wirklichkeit der Ressorts. Diese Lücke ist jetzt noch weiter gewachsen. Und

auch für das aktuelle Jahr gibt es kein Signal der Entspannung, auch wenn Lindner beteuert, man habe Vorsorge für den Ausfall getroffen. Das Versprechen des Ministers, die Steuerfreibeträge rückwirkend zum Jahresbeginn zu erhöhen, wird schwierig einzuhalten.

Die schwachen Zahlen sind die Konsequenz des äußerst flauen Wirtschaftswachstum unter der Ampelregierung. Nach Rezession im vergangenen Jahr erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr nur ein Miniwachstum von 0,3 Prozent. Das ist weit davon entfernt ist, der Staatskasse Flügel zu verleihen. Und selbst hinter diesen niedrigen Wert setzen viele Konjunkturoperatoren Fragezeichen.

Dazu gehört auch, dass es in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Pleitenrekord nach dem nächsten gab. Allein im April wurden fast 1.400 Firmeninsolvenzen gezählt, 47 Prozent mehr als im April 2023 und 40 Prozent mehr als im April-Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019, also vor der Corona-Pandemie. Bei den größten 10 Prozent der Unternehmen, deren Insolvenz im April gemeldet wurde, waren rund 34.000 Arbeitsplätze betroffen, dreimal mehr als im März, doppelt so hoch wie im Vorjahresmonat.

Auch der Blick in die Zukunft bleibt trübe. Die Stimmung in der deutschen Exportindustrie - bislang eine Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland - sinkt, wie eine Umfrage des Münchner Ifo-Instituts belegt. Die guten Wachstumsaussichten schlagen sich nicht in zusätzlichen Aufträgen nieder.



Sebastian Brehm: „Der Haushalt 2025 wird zum Test, ob Scholz überhaupt noch Autorität in der Koalition besitzt, nachdem zuletzt

immer wieder Vorhaben ins Abseits gerieten, über die man sich in der Koalition angeblich bereits geeinigt hatte. Dass jetzt bei Rot-Grün-Gelb wieder nach einer Lockerung oder gar Beseitigung der Schuldenbremse gerufen wird, unterstreicht den fehlenden Willen zur Selbstbeschränkung. Ich fürchte, wir erleben am Ende eine neuerliche Serie von Steuer- und Abgabenerhöhungen, weil der Sparwille fehlt.“

Kein Platz für Islamismus in Deutschland

Islamisten, die auf deutschen Straßen ein Kalifat und die Einführung der Scharia fordern, sowie das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das seit Jahren im Verdacht steht, eine Außenstelle des iranischen Mullah-Regimes zu sein, stellen eine wachsende Bedrohung dar. Auch die islamistische Gruppe „Muslim interaktiv“, die in sozialen Medien Propaganda betreibt, trägt zu dieser Gefahr bei. Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Doch weder der SPD-geführte Hamburger Senat noch die rot-grün-gelbe Bundesregierung haben bislang wirksame Schritte unternommen.

CDU und CSU haben in dieser Woche deshalb einen breit angelegten [Aktionsplan](#) gegen Islamismus mit konkreten Maßnahmen in die Debatte eingebracht. Die öffentliche Forderung nach Errichtung eines Gottesstaates soll künftig strafbar sein. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche Positionen offen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Das IZH soll sofort geschlossen werden.

Asylbewerber, die die Errichtung eines Gottesstaates fordern, sollen ausgewiesen

werden und bis zu ihrer Abschiebung keine Leistungen mehr beziehen. Vereine und Organisationen, die in Deutschland ein islamistisches System errichten möchten, sollen konsequent verboten werden. Das gilt auch für Moscheegemeinden, in denen islamistische Haltungen, Hassbotschaften, Terrorverherrlichung, Antisemitismus oder die Billigung von Straftaten gepredigt werden.



Sebastian Brehm: „Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Er muss ein klares Signal senden: Für den Islamismus und seine Propagandisten ist in Deutschland kein Platz. Es geht dabei auch darum, junge Muslime vor den islamistischen Verführern zu bewahren. CDU und CSU stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und setzen auf Taten statt Worte.“

BAföG-Erhöhung bleibt auf der Strecke



Studierende, die auf eine Erhöhung ihrer staatlichen Studienförderung hoffen, sehen sich

enttäuscht. Die Fördersätze sollen nach dem Willen von Rot-Grün-Gelb bei der Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) nicht steigen. Das geht aus dem Gesetzentwurf hervor, der in dieser Woche im Bundestag diskutiert wurde. Danach will sich die Ampelkoalition auf eine Erhöhung der Elternfreibeträge sowie auf eine Steigerung der Freibetragsgrenze für studentische Einkommen auf 556 Euro monatlich beschränken. Neu ist eine sogenannte Studienstarthilfe von einmalig 1.000 Euro für Studenten aus einkommensschwachen Familien.

Für CDU und CSU ist die ausbleibende BAföG-Erhöhung vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und einer hohen Inflationsrate nicht hinnehmbar. Denn das geht vor allem zu Lasten der Studenten, die für ihren Lebensunterhalt auf den vollen Fördersatz angewiesen sind, weil sie aus weniger gut betuchten Elternhäusern kommen. Die Höchstfördersätze müssen deshalb angesichts deutlich gestiegener Lebenshaltungskosten bedarfsgerecht angehoben werden. CDU und CSU schlagen zudem die Berufung einer unabhängigen Kommission vor, die künftig alle zwei Jahre überprüft, ob die Fördersätze noch ausreichend sind, und erforderliche Anpassungen vorschlägt.

Reformiert werden sollen auch die Wohngeldsätze der BAföG-Förderung. Sie sollen in einem Wohnkostenzuschlag überführt werden, der sich aus einem Grundbetrag und einem ortsbezogenen Zuschlag zusammensetzt, der sich an der örtlichen Vergleichsmiete orientiert – eine Reaktion auf zum Teil sehr hohe Mieten in einigen Uni-Städten. Hinzu kommt eine deutliche Vereinfachung des Antragsverfahrens insbesondere bei der Förderung von

Auslandssemestern. Hier kommt es bislang zu erheblichen Verzögerungen.



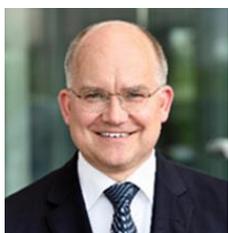
Sebastian Brehm: „Wieder einmal lässt die Ampelkoalition die Studenten im Regen stehen. Vor knapp zwei Jahren wurden die Studenten bei der Energiekostenhilfe vergessen, was später - auch auf Druck von CDU und CSU - korrigiert wurde. Jetzt verweigert die Ampel eine BAföG-Anpassung an die deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten. Dieses soziale Schiefelage werden wir als Union der Ampel nicht durchgehen lassen.“

DDR-Forschung finanziell absichern



Vor sechs Jahren beschloss die damalige unionsgeführte Bundesregierung ein Förderprogramm für Vorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung. Im nächsten Jahr läuft es aus. CDU und CSU haben jetzt von der Bundesregierung die Einlösung des Versprechens ihrer Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger eingefordert, die Förderung weiterzuführen – und zwar ohne Unterbrechung. Die Erinnerung ist dringend nötig, denn bislang gibt es keine sichtbaren Vorbereitungen für die

Fortsetzung des Förderprogramms. Und in der Ampelkoalition ist das Interesse an der DDR-Forschung trotz des Versprechens der Ministerin wenig ausgeprägt, wie sich bei einer Debatte im vergangenen Jahr zeigte. Derzeit droht nach dem Auslaufen des Programms im Jahr 2025 eine Förderlücke und das Ende vieler Vorhaben. Dabei führt die DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft schon jetzt nur ein Schattendasein. Symptomatisch dafür: Es gibt in Deutschland immer noch keinen Lehrstuhl zur DDR-Geschichte.



Sebastian Brehm: „Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Herrschafts- und Unterdrückungsapparates der

SED-Diktatur darf nicht geschwächt werden. Sie muss im Gegenteil verstärkt werden. Sie muss eine ebenso wichtige Stellung einnehmen wie die Forschung zur Nazi-Diktatur. Das ist nicht nur eine Frage der Ehrlichkeit vor der Geschichte. Gerade für die Ausbildung künftiger Lehrer sind mehr Kenntnisse über die DDR-Diktatur wichtig, um verfälschenden Geschichtsbildern vorzubeugen.“

Steuerliche Forschungsförderung nimmt Fahrt auf

Die steuerliche Forschungsförderung stößt auf zunehmendes Interesse bei den deutschen Unternehmen. Wie das Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage aus der CDU/CSU-Fraktion mitteilte, wurden im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Anträge auf Forschungszulage eingereicht, nach rund 4.500 Anträgen in den Jahren 2020 bis 2022.

Die steuerliche Forschungsförderung war in der vergangenen Legislaturperiode auf Initiative von CDU und CSU gegen hinhaltenden Widerstand der SPD als zusätzliches Förderinstrument zur Modernisierung der Wirtschaft durchgesetzt worden. Sie kann seit dem 1. Januar 2020 beantragt werden und zielt vor allem auf die Unterstützung der Forschungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen.

Besuch aus dem Wahlkreis



19 Schülerinnen und Schüler einer Abschlussklasse der Alfred-Welker-Berufsschule habe ich in dieser Woche bei ihrer Informationsfahrt im Bundestag begrüßen können. Wir haben uns lange über viele Themen austauschen können, die die jungen Besucherinnen und Besucher bewegte.

Die Bundestagsbesuche von Schulgruppen sind mir ein besonderes Anliegen. Die jungen Leute können dabei aus erster Hand erfahren, wie demokratische Entscheidungsprozesse in unserem Land ablaufen, aber auch welche vielfältigen Einflussmöglichkeiten sie selbst haben.

Münzwurf zum Sieg



Mit dem „Coin Toss“ durfte ich das erste Heimspiel der Nürnberg Rams in der aktuellen Football- Saison eröffnen. Vielen Dank für diese Ehre. Am Ende stand ein ungefährdeter 60:0- Sieg gegen die Passau Pirates. Ich wünsche eine erfolgreiche Saison und den Aufstieg in die 2. Bundesliga.

Brehm.mobil wieder unterwegs



Das Brehm.mobil ist wieder unterwegs. Am Wöhrder See auf dem Parkplatz am Norikus

stehe ich Ihnen am **Donnerstag, 23. Mai, von 16 bis 18 Uhr** mit meinem Brehm.mobil persönlich für ihre Anliegen und für Fragen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung. Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zusenden unter: sebastian.brehm@bundestag.de. Wie immer gibt es einen heißen Kaffee. **Ich freue mich auf Sie!**

Tag der Offenen Tür im Knoblauchsland



„Tag der offenen Tür“ im Knoblauchsland! In den Ortschaften Höfles, Schnepfenreuth, Schniegling und Wetzendorf wurde unter dem Motto „Mehr als Gemüse“ gefeiert. Ein gut gewähltes Motto, denn das Knoblauchsland ist die Vitaminkammer der Region. Danke für die immer wieder tolle Organisation – und vor allem für die jederzeit gute regionale Versorgung mit gesunden Lebensmitteln.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.